



Ausgabe V / 2019

Wer bestimmt die „Europäischen Werte“?

Das vorliegende Heft ist in mehrfacher Hinsicht ein besonderes:

Zum Ersten schließen wir das 40. Jahr des Bestandes von INTERNATIONAL ab. In unserer kurzlebigen und instabilen Zeit durchaus bemerkenswert. Die Zeitschrift, deren Redaktion – mit Ausnahme der Administratorin – ausschließlich aus ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besteht, hat sich im Laufe der Jahre natürlich inhaltlich und auch formal weiterentwickelt, sie ist aber den aus der 68er Bewegung stammenden Prinzipien wie internationale Solidarität, Eintreten für Menschenrechte, nationale Selbstbestimmung, Antiimperialismus sowie Antimilitarismus und Frieden verpflichtet geblieben. Für manche mögen diese Prinzipien altbacken und überholt klingen, aber ein Blick über den heimischen Zaun hinweg bringt uns rasch auf den Boden der Realitäten zurück. Keine Rede von Frieden, von fairen und gerechten internationalen Beziehungen und mehr und mehr Staaten werden von machtbesessenen Egomane beherrscht. Und mehr und mehr passt sich Europa diesem unseligen internationalen Trend an. (Dazu auch Einiges in diesem Heft.) Insofern hat sich an der Existenzberechtigung eines Mediums wie dem unsrigen kaum was geändert, im Gegenteil.

Der zweite Grund, warum ich mit diesem Editorial etwas innehalte, ist die Tatsache, dass wir uns zu einigen gravierenden Änderungen entschlossen haben. Diese sind nicht ganz risikolos, wir sind aber der Überzeugung, dass es gerade jetzt notwendig ist, sich noch mehr als bisher für die zuvor beschriebenen Prinzi-

pien zu engagieren. Der Zustand der Welt erfordert einfach mehr Engagement und Mut. Und da meine ich nicht nur die unbestreitbare Umweltkrise. Frieden, gerechte internationale Entwicklung, Achtung der Menschenrechte sind weitaus mehr in Gefahr, als es Viele wahrnehmen. Wir haben uns also entschlossen, INTERNATIONAL in Zukunft wieder sechsmal pro Jahr herauszubringen, es wird weitere aktuelle Kolumnen geben, einen eigenen Feuilleton-Bereich und eine stärkere Berichterstattung über die Aktivitäten der Vereinten Nationen (2020 feiert die UNO immerhin ihr 75. Bestandsjubiläum), unter besonderer Berücksichtigung der in Wien ansässigen UN-Organisationen. Weiters werden wir unsere Präsenz in den elektronischen Medien (über unseren YouTube-Kanal) ausbauen und auch stärker im Buch- und Zeitschriftenhandel vertreten sein. Um das alles zu schaffen, haben wir auch unsere Redaktion wesentlich ausgeweitet (übrigens suchen wir nach wie vor weitere engagierte MitarbeiterInnen!).

In diesem Heft: Von Handke über Hongkong bis zur Krise der EU

Nun zum vorliegenden Heft: Es ist also wieder einmal äußerst umfangreich und vielfältig. Unserem Redaktionsprogramm folgend behandeln wir vor allem Themen, die zumeist kaum oder von einem durchaus fragwürdigen Standpunkt aus behandelt werden. Hier empfehle ich vor allem die Artikel zu Peter Handke und zu Hongkong. Beide Beiträge verstehen sich als bewusste Gegenpositionen zu den üblichen Berichten und Stellungnahmen. Aber auch die Beiträge über Afghanistan, BRICS und Rumänien

unterscheiden sich wesentlich von dem, was man in den meisten Medien vorgesetzt bekommt.

Berichte über den Irak und die Wahlen in Israel behandeln zwei notorische Spannungsgebiete, wo es leider kaum Hoffnung auf Veränderungen zum Besseren gibt.

Zwei Beiträge befassen sich – neben den Afrikaseiten – mit unserem südlichen Nachbarkontinent. Hier möchte ich besonders den umfang- und detailreichen Nachruf auf den Langzeitherrscher Robert Mugabe aus der Feder des Zimbabwekenners Peter Kuthan empfehlen. Im Zusammenhang mit den Entwicklungen in den ehemaligen Kolonialgebieten der Welt ist der kurze aber höchst lesenswerte Kommentar von Wolfgang Drekonja „Wilson vs. Lenin“ eine absolute Muss-Lektüre.

Trotz der zahlreichen Beiträge über außereuropäische Themen gibt es in diesem Heft einen klaren Schwerpunkt: Europa. Das Heft beginnt zunächst mit einem Interview mit dem ehemaligen langjährigen SPÖ-Abgeordneten Josef Weidenholzer, zweifellos eines der profiliertesten und aktivsten EP-Mitglieder der letzten beiden Perioden. Zwei interessante Beiträge befassen sich mit der Situation in O-Europa: Hannes Hofbauer beschreibt die Korruption in Rumänien und Hubert Thielike von WeltTrends berichtet von einer höchst interessanten Tagung über die Beziehungen zwischen Europa und Asien.¹ Unser regelmäßiger Autor Wendelin Ettmayer schließlich veröffentlicht den ersten Teil eines Textes, der sich mit grundsätzlichen Fragen der Entwicklungen des gegenwärtigen politischen Systems befasst. Er arbeitet besonders die wesentlichen strukturellen Unterschiede zwischen den USA und Europa heraus. Für manche mögen seine Aussagen über Europa angesichts der aktuellen Situation etwas zu optimistisch klingen, gerade deshalb wäre es wichtig, sich eingehender damit zu befassen.²

Europa – seine Vergangenheit, seine Gegenwart und seine Zukunft

Damit komme ich zu jenem Teil unseres Heftes, der mir persönlich besonders wichtig ist. Es werden dort ganz grundsätzliche Fragen des europäischen Selbstverständnisses und der Politik der EU angesprochen. Diese sind zuletzt wieder bei der Zusammenstellung der neuen EU-Kommission ganz klar zum Ausdruck gekommen. Die Schwierigkeiten, mehrheitsfähige KandidatInnen – vor allem aus SO-Europa – zu finden, sind sicherlich noch in (schlechter) Erinnerung. Dies hat meines Erachtens sehr viel mit äußerst unterschiedlichen Narrativen der noch 28 EU-Mitgliedsstaaten zu tun. Ruft man sich alleine die europäische Geschichte der vergangenen einhundert Jahre in Erinnerung, ist dies auch weiter nicht verwunderlich. Obwohl die EU – immerhin vor wenigen Jahren mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet – immer wieder als Friedensprojekt schlechthin bezeichnet wird, hat man aber viel zu wenig getan, die Konflikte der Vergangenheit und die damit zusammenhängenden völlig unterschiedlichen Interpretationen der Vergangenheit zu bearbeiten. Man gab sich mit mehr oder minder oberflächlichen Einigkeits- und Solidaritätsappellen zufrieden. Der Bezug auf die „europäischen Werte“ stellt ein Beispiel dafür dar, wie sich viele Europäer völlig unterschiedliche Dinge unter ein- und demselben Begriff vorstellen. Nicht immer läuft es so grotesk ab, wie bei der Diskussion über die Bezeichnung eines neuen EU-Portfolios. So wurde dann aus dem ursprünglichen Von der Leyen-Vorschlag „Verteidigung der

europäischen Werte“ letztendlich der „Schutz“ derselben. Ernsthafter und dramatischer wird es dann aber schon, wenn man sich genauer ansieht, was Orbans, Kaczyński, Salvini, und Le Pens (und auch Kickls und Vilimskys) unter diesen Werten verstehen.

Diese tiefgreifenden Auffassungsunterschiede haben – wie bereits erwähnt – unter anderem sehr viel mit der europäischen Geschichte zu tun. Sich darüber mit weitgehend inhaltsleeren Floskeln hinwegzuschwindeln, ist absolut inakzeptabel. Denn das kann letztendlich a la longue das grundsätzlich sinnvolle und begrüßenswerte Projekt der europäischen Einheit zum Scheitern bringen.

Ein weiteres, meines Erachtens weitaus gravierendes Beispiel dieser gedankenlosen Auseinandersetzung mit der europäischen Geschichte stellt die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas vom 19.9.2019 dar. In dieser von 18 polnischen und 1 lettischen Abgeordneten eingebrachten Resolution

werden Nationalsozialismus und Kommunismus und andere -ismen (welche damit gemeint sein könnten, darüber schweigt sich das Europarlament aber aus) de facto gleichgestellt, die es mit aller Kraft zu bekämpfen gilt. Da wird dann allen Ernstes der Hitler-Stalin-Nichtangriffspakt vom August 1938 als Ursache des Zweiten Weltkrieges bezeichnet, etwas, was jeden nur einigermaßen historisch gebildeten Menschen auf die Palme bringen müsste. Die gesamte Entwicklungsgeschichte des Nationalsozialismus, auch die Kollaboration in vielen heutigen EU-Mitgliedsstaaten fällt bei dieser Revision der jüngeren europäischen Geschichte völlig unter den Tisch. Einer der wenigen Bereiche der Entschließung, dem absolut zuzustimmen ist, stellt die absolute Verurteilung des Antisemitismus und des Holocaust dar. Viele andere Punkte dieser im Originaltext engbedruckten vierseitigen Resolution sind widersprüchlich, lückenhaft, aus dem Zusammenhang gerissen und stellen daher absolut keinen Beitrag zu einer korrekten Aufarbeitung der europäischen Geschichte dar. Und das aus meiner Sicht höchst bedenkliche Faktum ist dann noch die Tatsache, dass dieser Beschluss mit überwältigender Mehrheit (535 Ja, 66 Nein und 53 Enthaltungen) gefasst worden ist. Konkret haben mit Ausnahme der Linksozialisten/Kommunisten sämtliche Fraktionen zugestimmt. Dieser Beschluss war ein schwerer Fehler und leistet absolut keinen Beitrag zu einer seriösen Diskussion über Europa und seine Werte.

Es ist mir daher ein großes Anliegen, dass dieses Dokument nicht einfach in Vergessenheit geraten möge, sondern einer heftigen und öffentlichen kritischen Diskussion unterzogen wird. Wir fordern daher die LeserInnen von INTERNATIONAL auf, uns ihre Meinung zu schreiben, wir werden diese auf jeden Fall veröffentlichen. Für dieses Heft haben wir mit Gabriele Matzner und Anton Pelinka zwei Persönlichkeiten um ihre persönliche Stellungnahmen ersucht. Wir hoffen auf viele weitere.

Abschließend bringe ich noch die Hoffnung zum Ausdruck, dass sich unsere Leserinnen und Leser während der kommenden Feiertage Zeit und Muße nehmen, den einen oder anderen Beitrag zu lesen und uns auch ihre Meinung schreiben. In diesem Sinne wünsche ich also geruhige Festtage und ein gutes, erfolgreiches, vor allem auch friedliches Jahr 2020. 

Fritz Edlinger

E-Mail: f.edlinger@international.or.at

¹ Bei dieser Gelegenheit darf ich auch berichten, dass INTERNATIONAL mit der Zeitschrift WeltTrends aus Potsdam eine längerfristige Zusammenarbeit vereinbart hat.

² In diesem Zusammenhang zwei völlig aktuelle Literaturhinweise: Im Heft 12/19 der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ befindet sich der höchst interessante Artikel „Die Entzauberung des Westens“ von Stephen Holmes und Ivan Krastev. Im Heft Nr. 158 von WeltTrends wird das Schwerpunktthema „Quo vadis, Europäische Union?“ behandelt.